

Manfred Srb  
Ganglbauergasse 11/26  
1160 Wien

Geboren am 5. 6. 1941 in Stockerau

1949 Erkrankung an Poliomyelitis, zuerst auf Stützapparate und später auf einen Rollstuhl angewiesen  
diverse Krankenhausaufenthalte während meiner Pflichtschulzeit

1958-1961 Besuch der dreijährigen Bundeshandelschule für Behinderte

1962 Arbeitsbeginn beim Magistrat der Stadt Wien

1964 Beginn meiner Mitarbeit in der Behindertenbewegung, u. a. Mitbegründer des „Klubs der jungen Behinderten“

1969 heiraten meine ebenfalls behinderte Frau Annemarie und ich

1972 Gründung des „club handicap“ gemeinsam mit einigen Freunden

1975-1978 Besuch der Sozialakademie der Caritas für Berufstätige

1979 Beginn meiner Mitarbeit bei den kommunalen Jugendzentren Wiens als Sozialpädagoge, tätig als Projektleiter für die Integration von behinderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen

Daneben verstärktes Engagement in der Krüppel- und Behindertenbewegung

1986 inhaltliche Mitarbeit bei der Alternativen Liste Wien im Bereich der Behindertenarbeit  
seit 1986 Mitglied der Fraktion der Grünen Alternative im Nationalrat, dort Behinderten-, Randgruppen- und Sozialsprecher, sowie innen- und familienpolitischer Sprecher



## Manfred Srb

# SELBSTBESTIMMUNG BEHINDERTER MENSCHEN IN ÖSTERREICH

Die Situation von behinderten Menschen in diesem Lande ist gekennzeichnet durch Aussonderung, gekennzeichnet durch Sonderbehandlungen, durch Abschieben, durch eine Fülle von Diskriminierungen. Unsere Bürgerrechte, unsere Menschenrechte werden uns tagtäglich, ohne daß auch nur irgendjemand davon Notiz nimmt, vorenthalten. Unser Land hat in vielen Bereichen, und das sage ich sehr bewußt, in vielen Bereichen noch immer den Standard eines Entwicklungslandes. Nach wie vor werden wir behinderte Menschen durch zu hohe Gehsteigkanten und durch zahlreiche Stufen in öffentlichen Gebäuden daran gehindert, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Wir „dürfen“ die Defizite der öffentlichen Verkehrsmittel mitfinanzieren durch unser steuerliches Aufkommen, aber wir sind zumeist nicht in der Lage diese zu benutzen, weil die öffentlichen Verkehrsmittel nicht oder zuwenig menschengerecht ausgestaltet worden sind. Sie wissen, dieser Personenkreis besteht ja nicht nur aus behinderten Menschen, sondern dieser Personenkreis besteht vor allem aus den vielen älteren Menschen, aus schwangeren Frauen, aus Müttern, aus Vätern, hoffentlich auch aus Vätern mit Kinderwägen, aus temporär behinderten Menschen, zum Teil auch aus Menschen, die kein

Auto haben, und nach dem Einkaufen schwere Lasten tragen müssen. Dies ist eine riesengroße Personengruppe und die macht nach einer geheimen, von den Wiener Verkehrsbetrieben unter Verschuß gehaltenen Studie, um die 23 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Dies nur zur Information.

Weitere Bereiche der Ausgrenzung sind: nach wie vor können Eltern ihr behindertes Kind nicht in die Regelschule schicken, weil – trotz mancher positiver Entwicklung – eine verknöcherte Schulbürokratie dies immer noch zu verhindern weiß. Oder, wenn wir den Bereich der Ausbildung behinderter Menschen nehmen, dann können wir feststellen, daß diese Ausbildung nach wie vor hauptsächlich in Sondereinrichtungen stattfindet. Und auch dort sind nur eingeschränkte Kapazitäten, wie Sie ja wissen, vorhanden. Behinderte Menschen mit Matura sind nach wie vor die Ausnahme. Weitere Punkte: Es gibt in Österreich mehr als 21.000 behinderte Menschen, die ohne Arbeit sind. Es gibt zwar ein sogenanntes Invalideinstellungsgesetz. Aber wie sieht die Realität aus? Die Privatwirtschaft, aber genauso die öffentliche Hand, kommt ihrer Einstellungspflicht nur in einem sehr ungenügenden Ausmaß nach und kauft sich lieber von ihrer gesetzlichen Verpflichtung frei. Eine Zahl dazu: per 1. März dieses Jahres waren allein im Bereich des Bundes 3.130 sogenannte Pflichtplätze nicht besetzt, bei den Ländern schaut es auch nicht viel besser aus. Hier muß ich leider betonen, daß Wien bereits seit einigen Jahren unangefochten an der Spitze dieser negativen Liste steht. Im Jahre 1987 waren in Wien allein 647 offene Pflichtplätze nicht besetzt.

Diese Tatsachen stellen in meinen Augen einen riesengroßen politischen Skandal dar und es zeigt ganz einfach, welche Ignoranz, welches Desinteresse herrscht, und was vor allem auch von Hochglanzbroschüren und von Sonntagsreden der politischen Verantwortlichen in diesem Lande zu halten ist. Anstatt ausreichende Mittel für die Bezahlung der notwendigen Hilfe zuhause bereitzustellen, schieben die zuständigen Kostenträger ihre behinderten Menschen in Heim ab. Dabei haben wir es hier mit extra hohen Kosten von etwa 15.000 bis zu maximal 70.000 Schillingen im Monat zu tun. Sie haben richtig gehört: Bis zu 70.000 Schilling kostet ein derartiger Platz in Einzelfällen. Wir haben in diesen Heimen Menschenrechtsverletzungen, sie sind der graue Alltag und hier müssen immer noch an die 40.000 behinderte Menschen dahinvegetieren. Allein im Alters- und Pflegeheim Lainz gibt es nach wie vor einige Dutzend jüngere behinderte Menschen, die inmitten von alten dahinsiechenden Menschen ihr Leben verbringen müssen.

Neuerdings ist es sogar wieder möglich, öffentlich in diesem Lande zu diskutieren, ob man behinderte Kinder nicht vielleicht gleich besser umbringen sollte. Der Zeitgeist, der diesmal aus Hamburg herüberwehte und der in der in Bedrängnis geratenen Club 2-Redaktion begierig aufgenommen wurde, hat es ganz einfach möglich gemacht. Während in der BRD die Auftritte Singers bis auf, meines Wissens, eine einzige Ausnahme von der Krüppelbewegung verhindert werden konnten, war der Club 2-Verantwortliche des ORF der Meinung, daß es sich hier ganz einfach um eine gesellschaftspolitisch anstehende Diskussion handelt. Und andere Journalisten waren der Meinung, man müsse doch ganz einfach in diesem Land über alles reden können. Ich finde dies wirklich ungeheuerlich. Jeder in diesem Lande würde sich fürchterlich aufregen, wenn man sagen wollte: „Na gut, wir diskutieren jetzt das Lebensrecht von neugeborenen Mädchen, vielleicht über das Lebensrecht von Gastarbeitern.“ Aber wenn es um behinderte Menschen geht, ist es offensichtlich so, daß bei manchen Menschen dies ein Thema ist, über das

man diskutieren kann. Das heißt, man kann ganz einfach unser Lebensrecht in Frage stellen. Das ist wirklich eine ganz, ganz ungeheuerliche Entwicklung.

Behinderte Menschen werden also befürsorgt, betreut, verwaltet, verwahrt. Daher werden sie eben auch von dieser Gesellschaft nicht ernstgenommen. Wir sind, und darüber sollten wir uns keine Illusionen machen, in den Augen der nichtbehinderten Mitbürger nach wie vor Menschen zweiter Klasse. Ausnahmen bestätigen die Regel, aber in der Tendenz stelle ich jetzt einmal die Behauptung auf. Nichtbehinderte sagen uns, was gut für uns ist und dafür verlangen sie halt ganz einfach ein bißchen Dankbarkeit von uns. Es wird ja auch, das ist allerdings etwas ironisch gemeint, es wird auch wirklich fast alles für uns getan. Wir haben in Österreich die herrliche Einführung des Sonnenzuges, wir haben eine Krankenweihe, wir haben eine Behindertenwallfahrt, die geht oft sogar in weit entfernte Länder. Die Aktion „Licht ins Dunkel“ wird jedes Jahr vom österreichischen Regierungsfunk veranstaltet. Wir haben noch etliche andere Scheußlichkeiten dieses Kalibers, mir fallen jetzt nicht alle ein, aber mir reicht schon allein, wenn ich diese Dinge aufzählen muß. Aber ich glaube, es ist wichtig, daß man sich das wieder einmal bewußt macht.

Es gibt auch in hierzulande eine Reihe von sozialen Diensten. Aber diese sozialen Dienste richten sich mit ihren Angeboten nicht, wie man vielleicht glauben würde, nach unseren Bedürfnisse, nach den Bedürfnissen der Behinderten, sondern es wird vielmehr von uns erwartet, daß wir uns nach ihren, zumeist kargen und eher beschränkten, Angeboten richten müssen. Aber auch das wird nach meinen Erfahrungen von nichtbehinderten Menschen ganz einfach als normal angesehen. Wir sind ständig auf das Wohlwollen und darauf angewiesen, daß nichtbehinderte Menschen uns in irgendeiner Weise helfen, aber einer der Hauptgründe unserer Abhängigkeit ist, daß wir nicht über ausreichende Mittel verfügen, um die notwendige Hilfe auch bezahlen zu können.

Aber das alles scheint noch nicht genug zu sein: wir behinderte Menschen, das möchte ich auch noch anführen, sind in den letzten Jahren zusätzlich noch zu Opfern der Sparpolitik dieser Bundesregierung geworden. Ich darf hier nur erinnern an die Besteuerung der Unfallrenten, die brutal von den beiden Regierungsparteien – entgegen der Proteste der österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, gegen die Proteste von vielen Betroffenen – durchgezogen wurde. Weiters um die Einführung des sinnlosen Spitalskostenbeitrages, die vielen Verschlechterungen im Rahmen der ASVG-Novelle, um nur einige zu nennen. Wir sind also zu wehrlosen Objekten der Budgetkonsolidierung und des Sozialabbaues geworden.

Ich bin der Meinung, mit diesen Dingen muß jetzt endlich Schluß gemacht werden. Wir behinderte Menschen müssen endlich kämpfen um die Rechte, die uns von der Gesellschaft vorenthalten werden. Das, was mein Freund Ratzka aus Schweden den „Aufstand der Betreuten“ nennt, ist überfällig in diesem Lande. Wir behinderte Menschen müssen endlich versuchen, zu einem politischen Faktor zu werden. Wir haben ein Recht auf die gleichen Lebensbedingungen wie nichtbehinderte Menschen, auf ein selbstbestimmtes Leben. Selbstbestimmt leben bedeutet, daß wir selbst die Verantwortung und die Kontrolle über unser Leben übernehmen. Daß wir unsere Probleme selbst definieren und natürlich Lösungen suchen, die unseren Bedürfnissen entsprechen. Wir selbst wissen am besten, was wir brauchen, wir sind letzten Endes Experten in eigener Sache. Über diesen

Bereich „Selbstbestimmt Leben“ werden wir noch ausgiebigst diskutieren und vor allem unsere Freunde aus der BRD werden das sehr im Detail erzählen.

Einen Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben stellt das dar, was man mit dem Begriff Persönliche Assistenz umschreiben kann oder was damit umschrieben wird. Damit ist ein System gemeint, bei dem behinderte Menschen aus ihren persönlichen Bedürfnissen heraus die Art und den Umfang der persönlichen Hilfe selbst bestimmen, selbst entscheiden, wen sie als Assistenz wählen, selbst entscheiden, welche Arbeiten wann und wie gemacht werden und diese Leistungen selbst kontrollieren und bezahlen. Wie gesagt, über diese Dinge werden wir noch sehr genau und sehr differenziert diskutieren. Das bedeutet aber jedoch, daß wir hier in diesem Lande einen Rechtsanspruch auf Direktförderung bekommen müssen. Das bedeutet auch, daß wir die freie Wahl über die Verfügung der Geldmittel haben müssen, das bedeutet unter anderem auch, daß es keine Einkommensgrenzen für die Zuteilung der Mittel geben darf. Diese Aufwendungen, sowie auch andere, die behinderungsbedingt notwendig sind, dürfen nicht nach Einkommen des behinderten Menschen berechnet werden. Alles andere stellt eine Diskriminierung des behinderten Menschen dar.

Wir Grünen schließen mit diesem Kongreß hier an einen anderen Kongreß an, der im heurigen Frühjahr in Straßburg stattgefunden hat, und bei dem schwerbehinderte Menschen aus 14 Nationen, unter anderem auch aus Übersee, die Einführung von persönlichen Assistenzdiensten gefordert haben. Wir möchten mit diesem Kongreß ganz einfach die Möglichkeit schaffen, daß alle betroffenen Menschen, alle Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, daß auch darüber hinaus alle Menschen, die an dieser Problematik interessiert sind, sich mit diesen Gedankengängen und mit diesen Forderungen auseinandersetzen können. Wir möchten damit erreichen, daß in diesem Lande ein Klima geschaffen wird, in dem das Recht vom behinderten Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben realisiert werden kann.

grüne  
bücher

212

---

**SELBSTBESTIMMT LEBEN  
DURCH PERSÖNLICHE ASSISTENZ**

**Bericht vom Kongreß  
am 6. und 7. Oktober 1989 in Wien**

---